

# Erzähler vom Westerwald

## Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage  
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:  
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Kalender für  
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.  
Druck und Verlag der Buchdruckerei  
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

Nr. 131

Bezugspreis: vierteljährlich 2 40 M.  
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die  
Post 2 25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Freitag, den 7. Juni 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):  
die sechszeilige Zeile oder deren  
Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg.

10 Jahrg.

### Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

3. Juni. Erfolgreiche Vorstöße in Flandern. — Auf dem  
Westufer der Aisne werden die feindlichen Stellungen nörd-  
lich von Comiers genommen.

### Vertagung?

In Paris beginnt man wieder aufzuatmen. Der  
Krieg der Deutschen geht nicht mehr in dem gleichen  
Tempo vorwärts wie in den ersten vier, fünf  
Jahren; die Marne ist zwar auf mehr als zwanzig Kilo-  
meter Breite von ihnen erreicht, aber noch nicht über-  
wunden, und Keims wird trotz eiserner Umklammerung  
seiner Regenerbelagerung noch immer gehalten.

Das Schlimmste ist vielleicht überwunden, seitdem Feind  
verfügbare Reserven herangeführt hat, und ist auch  
das Gelände mit ungeheurem Kriegsmaterial verloren-  
gegangen. haben sich auch zahlreiche Divisionen verblutet  
und ist die eigene militärische Handlungsfreiheit der West-  
front für absehbare Zeit vollständig vernichtet worden.  
Die gemeinsame Front ist wenigstens aufrechterhalten  
worden und man kann nun wieder mit größerer  
Sicherheit überlegen, was geschehen muß.

Herr Clemenceau hat dem Heeresauschuss der Kammer  
die Lage berichtet und besteht darauf, daß die  
öffentliche Aussprache über die letzten Ereignisse vertagt  
bleibe. Nach seiner Versicherung ist ein umfassender  
Bericht des Feindes auf Paris dank den getroffenen  
Vorkehrungen der Heeresleitung ausgeschlossen; mehr lasse  
sich zurzeit vor der Kammer nicht sagen, und sie schulde  
den Anliehen der Republik namentlich in den neutralen  
Ländern, unter diesen Umständen zu schweigen. Die Volks-  
meinung wird ihm natürlich den Gefallen tun und  
wird eine Geheiminsidierung veranstalten, um wenigstens  
den vier Augen ihr Herz etwas zu erleichtern. Dann  
wird die Regierung wieder einige Tage oder Wochen Zeit  
haben, und die Hoffnungen des Landes können sich  
erheben.

Aber ob diese Rechnung nicht doch ohne den Wirt  
geht? Schon hat das unheimliche deutsche Fern-  
feuer wieder seine Stimme erhoben und sendet der  
deutschen Hauptstadt seine ebernen Grüße. Und daß  
die Absichten der deutschen Heeresleitung nur schwer oder  
gar nicht zu erraten sind, das haben die Franzosen zu  
größten Leidwesen eben erst wieder schmerzhaft  
erfahren. Darauf allerdings können sie sich ver-  
lassen, daß Hindenburg seinen Truppen keine unnützen  
Anordnungen erteilt. Aber auf der anderen Seite  
wird wieder so heftig in der Aufführung schwächer  
als der gegnerischen Stellung, daß über Fortgang oder  
Wendepunkt der Operationen sich noch gar nichts Sicheres  
sagen läßt. Die Franzosen sind eben nicht mehr die  
Herrn im eigenen Hause. Engländer und Amerikaner  
haben sie sich zu Gast geladen, und die Deutschen haben  
sich eingekauft, ohne gerufen zu sein. Jetzt entscheidet  
Hindenburg darüber, ob an Oise und Marne Ruhe ein-  
treten soll. Und sollte die Sicherheit der Hauptstadt im  
allgemeinen wirklich die einzige Sorge der Franzosen sein?

Die Hoffnung auf die Amerikaner.

Clemenceau verweigert Erklärungen über die Lage.

Genf, 5. Juni.

Trotz der wachsenden Gegnerschaft, die Clemenceau in  
Paris findet, hat er noch einmal einen Sieg davon-  
getragen. Bei der Abstimmung über die Festsetzung eines  
Zeitpunktes zur Erörterung der militärischen Lage, die  
Clemenceau energisch unter Stellung der Vertrauensfrage  
durchgesetzt hatte, entschied die Kammer mit 377 gegen  
121 Stimmen für die Regierung.

In seiner Rede vermahnte sich der Ministerpräsident  
darauf, daß sich die Kammer als Geheimkomitee kon-  
stituiert, um die militärischen Führer in Schutz und er-  
höhten Lage der Schlacht über die Lage keine  
Mitteilungen geben zu können. Dann fuhr er fort: Der  
Westufer der Aisne erlaubte den Deutschen 200 Divisionen  
zu werfen. Der Augenblick ist furchtbar.  
Der Heldennut der Soldaten ist der Laar gewachsen.  
Die Deutschen stürzten sich in ein Abenteuer, wir wei-  
ßen, allerdings, werden aber niemals kapitulieren. Wenn  
sich entschlossen sind, bis zum Ende zu geben, ist der  
Krieg nicht gelingend. Die Amerikaner kommen.  
Die Streitkräfte der Franzosen und Engländer erschöpfen  
sich. Die Deutschen sind aber auch. Das Spiel  
wird mit Hilfe der Amerikaner weiter. Unsere Verbündeten  
wollen den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir  
wollen den Sieg erringen, wenn die öffentlichen Gewalten  
das Hölle sind. Mit der ihm eignen Theatralik schloß  
er seine Rede ab: Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so  
sagen Sie mich davon. Wenn Sie mir Ihre Vertrauen  
schenken, so lassen Sie mich das Werk der Toten vollenden.  
Er schloß so redegewandte, in allen Klaffen und  
Ständen erfahrene Clemenceau wußte also nichts anderes

zu Trost zu sagen, als daß die Amerikaner kommen.  
Wenn Frankreich es auf diese Hoffnung hin wagen will,  
wird es sich entschlossen den Passen gehen, der jetzt begonnen  
hat, bis zum Ende durchzuführen.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

✦ In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht,  
daß die Steuervorlagen nunmehr in absehbarer Zeit statt  
erledigt werden dürften. Der Besitzsteuerantrag Groeber  
freilich, so meint man, habe kaum mehr Aussicht auf An-  
nahme, nachdem die einzelstaatlichen Finanzminister auch  
jetzt noch auf ihrem entschiedenen Widerstand beharren.  
Vermutlich wird die Lösung in der Weise erfolgen, daß  
man neben der Vermögenszuwachssteuer, die ja zunächst  
nur für Gesellschaften eingeführt und erst im Herbst auch  
auf physische Personen ausgedehnt werden soll, eine all-  
gemeine Einkommenszuwachssteuer in das Steuer-  
buchett einfügen wird.

✦ Die vierte Lesung der preussischen Wahlrechts-  
vorlage soll, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet,  
am Dienstag den 11. Juni stattfinden. Die Aussichten  
auf eine Verständigung über das Wahlrecht sind nach wie  
vor sehr gering. Zwischen den Rechtsparteien, einschließlich  
des rechten Flügels der Nationalliberalen, sind zurzeit  
gewisse Besprechungen im Gange, um formal die Lücke,  
die durch den Ausfall des § 8 in der Vorlage über den  
Charakter des Wahlrechts entstanden ist, auszufüllen. Die  
von dem freikonservativen Abgeordneten v. Kardorf ge-  
äußerte Ansicht, daß sich gegebenenfalls im Herrenhause  
eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht finden könnte,  
dürfte, soweit sich die Stimmung in der Ersten Kammer  
jetzt schon übersehen läßt, mehr als zureichend sein.  
Selbst wenn das Herrenhaus alle seine Wünsche hinsichtlich  
seiner eigenen künftigen Gestalt erfüllt sähe, würde es ver-  
mutlich kaum in seiner Mehrheit den Boden des gleichen  
Wahlrechts betreten.

✦ Der Hauptausschuss des Reichstages setzte am  
Mittwoch die durch die Pfingstpause unterbrochene Be-  
ratung der Steuervorlagen bei den Vorkonferenzen fort und  
wandte sich zunächst dem Reichsstempelgesetz zu. Der  
Berichterstatter, der sozialistische Abg. Reil, empfahl die  
Annahme der Vorlage, die Einzelfragen soll ein Unter-  
ausschuss regeln. Die Steuer auf Lantien, Aktienumsatz,  
Dividenden möchte der Berichterstatter weitestgehend  
heben, wogegen der freikonservative Abg. Dove lebhafte Be-  
denken erhebt. Die Meinungen der anderen Mitglieder sind  
geteilt. Der Unterausschuss des Hauptausschusses, dem  
Einzelfragen über die Umsatzsteuer zur Regelung über-  
wiesen worden sind, hat eine Reihe von Bestimmungen  
vorgenommen. So hat er einen fortschrittlichen Antrag  
angenommen zum Schutze der Warenhäuser gegen eine  
Überbesteuerung. Die Errichtung eines Reichsfinanzgerichts-  
hofes wurde gutgeheißen und als Zeitpunkt für das In-  
krafttreten des Gesetzes der 1. August 1920 festgesetzt. Das  
Gesetz soll zunächst bis 31. Dezember 1920 dauern.

✦ Der Vorstand der deutschen Landes-Kriegerverbände  
beschloß auf seiner Kassenversammlung, an Reichstagsrat,  
Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zur Regelung der  
Fürsorge der Kriegsbekämpften u. d. Veteranen des  
jetzigen und der früheren Kriege zu richten. Gefordert  
werden ausreichende Versorgung, der Rechtsweg zur  
Durchsetzung der Ansprüche und genügende Sicherung der  
Dinterbliebenen.

### Rußland.

✦ Die inneren Kämpfe in Sibirien gehen weiter. Die  
Artillerie des gegen die Moskauer Regierung kämpfenden  
Generals Semenov wurde durch die Vernichtung einer  
Brücke über den Onon aufgehalten, so daß er nur insofern  
war, kleine Kavallerieabteilungen auszusenden, um die  
Eisenbahn, die an Karinskaja vorüberfährt, zu besetzen. Da  
die Bolschewiki in Chita so wenig Widerstand fanden,  
nahmen sie Ingoda und warfen Semenovs Abteilungen  
auf das rechte Ufer des Onon zurück. Eine Kavallerie-  
abteilung ist aus dem Amurgebiet in das Gebiet zwischen  
Siska und Argoon vorgerückt und bedroht Semenovs  
Verbindungen.

### Belgien.

✦ Die Ernennung Cooremans zum belgischen  
Ministerpräsidenten anstelle Broqueville ist von be-  
sonderer Bedeutung. Cooreman ist nämlich ausgesprochener  
Flame und sein Kabinett bedeutet eine vollkommene Um-  
wälzung der Flamen-Politik der belgischen Regierung.  
Anvertragspolitik und Wirtschaftskrieg nach dem Kriege ist  
damit von Belgien ausgehen. Belgien ist der erste  
Entente-Staat, der mit den wirtschaftlichen Nachplänen der  
Entente offen vor aller Welt bricht.

### Aus In- und Ausland.

Berlin, 5. Juni. Das Reichswirtschaftsamt bereitet einen  
Entwurf für ein neues Ermächtigungsgesetz über die  
Ubergangswirtschaft vor. Bis zum Erlass dieses Gesetzes werden  
die dringlichsten organisatorischen Maßnahmen durch Verord-  
nungen des Bundesrats getroffen.

Berlin, 5. Juni. Eine transkaukasische Abordnung  
unter Führung des kaiserlich-deutschen Militärbevollmächtigten  
Generals von Lohow ist in Berlin eingetroffen.

Berlin, 5. Juni. Ferid Bei, bisher Generalkonsul in  
Samburg, ist an Stelle Lusti-Beis zum türkischen General-  
konsul in Berlin ernannt worden. Dikmat Bei wurde zum  
Generalkonsul in Hamburg ernannt.

Berlin, 5. Juni. Die Germania erklärt die Nachricht, daß  
der Abg. Gräberger bei Wiederauftritt des Reichstages  
auf eigene Faust eine neue Friedensaktion zu unternehmen  
gedenke, für frei erfunden.

München, 5. Juni. Staatsminister v. Dandl ist aus  
Wien zurückgekehrt. Kaiser Karl hat dem Minister das  
Großkreuz des Leopoldordens verliehen.

Bukarest, 5. Juni. Die Senatswahlen in Rumänien haben  
mit einem Siege der Regierungspartei geendet. Heute  
beginnen die Kammerwahlen.

Kopenhagen, 5. Juni. Nach zweitägiger Abredebatte  
nahm der Folketing mit 70 Stimmen der Radikalen und  
Sozialisten gegen 62 Stimmen der Linken und Konservativen  
ein Vertrauensvotum für das Ministerium an.

Stockholm, 5. Juni. Der Friedensvertrag Finnlands  
mit Deutschland ist vom finnischen Landtag in dritter Lesung  
genehmigt worden.

Amsterdam, 5. Juni. Wie Reuters aus Teheran erfährt, ist  
das persische Kabinett am 31. Mai zurückgetreten.

Kiew, 5. Juni. Nach einer Verordnung der ukrainischen  
Regierung zeigt die Flagge der ukrainischen Handelsflotte  
die beiden Farben blau und gelb.

Kiew, 5. Juni. Wie das ukrainische Pressebureau erfährt,  
wird der Hetman Skoropadski demnächst zum Besuch der  
Monarchen und Regierungen der verbündeten Mächte nach  
Berlin und Wien reisen.

Berlin, 5. Juni. Die spanische Grenze ist auf unbe-  
stimmte Zeit geschlossen worden.

Genf, 5. Juni. Der Präsident der Republik Panama  
ist plötzlich gestorben.

Washington, 5. Juni. Der englisch-amerikanische Schieds-  
gerichtsvertrag, der im Jahre 1908 abgeschlossen worden  
war, ist für weitere fünf Jahre erneuert.

### Präsidentenwahl.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 5. Juni.

Der Reichstag steht vor einer „Reuorientierung“ seiner  
inneren Verfassung, oder man kann auch sagen: vor der  
Frage einer „Umgruppierung“ seines präsidentiellen Ver-  
tretungskörpers. Zuerst glaubte man, daß Erzellenz Raemf  
einfach durch einen Führer der größten Partei, in diesem  
Falle also des Zentrums, ersetzt werden und daß im übrigen  
alles beim alten bleiben werde. Aber die Fraktionen liebten  
jetzt keine einfachen Lösungen; sie erwärmten sich im großen  
und im kleinen für gründlichste Behandlung der Dinge,  
und bei dieser Methode nehmen bald auch die schlichtesten  
Fragen ein mehr oder weniger verwickeltes Aussehen an.

So steht auch die Neuwahl eines Präsidenten. Den  
Anspruch des Zentrums, den Nachfolger für Dr. Raemf  
zu stellen, kann natürlich niemand bestreiten. Aber da die  
Parteibeziehungen des hohen Hauses sich seit dem Jahre  
1912 erheblich verschoben haben, ist der Wunsch aufgetaucht,  
ihnen bei der unerwartet eingetretenen Gelegenheit doch  
auch äußerlich Rechnung zu tragen. Lamals wurde ein  
Präsidium aus zwei Fortschrittlichen und einem National-  
liberalen gebildet, weil zwischen den bürgerlichen Parteien  
und der Sozialdemokratie noch die bekannten Meinungs-  
verschiedenheiten über den Umfang der Repräsentations-  
pflichten des Hauses dem Hofe gegenüber bestanden.  
Es war ein Notbehelf, der nur infolge des Krieges  
bis zum heutigen Tage fortbestand. Mittlerweile  
haben die Sozialdemokraten sich mit dem Zentrum  
und den beiden liberalen Parteien zu einer  
Arbeitsmehrheit zusammengeschlossen. Sie betonen zwar  
bei jeder Gelegenheit, daß sie sich dadurch in keiner  
Weise gebunden fühlen, aber der Wunsch nach einer Ver-  
tretung im Präsidium ist jetzt doch wieder bei ihnen rege  
geworden, und Abg. Scheidemann dürfte nicht abgeneigt  
sein, den Präsidentenstuhl abermals zu besteigen, den er  
schon einmal, für wenige Tage allerdings nur, innegehabt  
hat. Wie die anderen Mehrheitsparteien sich dazu ver-  
halten werden, ist noch nicht bekannt geworden. Wer  
keine Lust hat, die alten Streitfragen aufs neue anzu-  
rühren, kann sich einfach darauf berufen, daß ja nur der  
Wort des Ersten Präsidenten zu belegen ist und daß,  
soweit man hört, weder Herr Baasche noch Herr Dove  
daran denken, ihre Plätze freizumachen, damit eine Neu-  
wahl des Gesamtpräsidiums erfolgen kann. Aber da  
kommen andere Leute und sagen, das sei ja auch gar nicht  
nötig. Es empfehle sich aber, neben dem Ersten Präsi-  
denten und seinen beiden Genossen noch einen  
vierten Mann ins Präsidium hineinzuwählen, da  
dann dessen Arbeitslast besser bewältigt werden könnte,  
und so könnte endlich auch eine Vertretung der Sozial-  
demokratie an der Spitze des Reichstages erstellt werden.  
Damit wären, indessen noch nicht alle Schwierigkeiten  
überwunden. Denn Herr Scheidemann würde als Führer  
der zweitgrößten Partei des Hauses beanspruchen, auch  
im Präsidium an zweiter Stelle zu stehen, Herrn Baasche  
dürfte aber nicht zugemutet werden, seinen Rang an einen  
neuen Mann abzutreten. Auch hier weiß man Rat: wo-  
zu überhaupt einen ersten, einen zweiten und einen dritten  
Vizepräsidenten? Man wählt eben drei Vizepräsidenten  
mit gleichen Rechten und Pflichten, dann hören alle

Kongressisten von selbst auf. Der Vorschlag ist schon früher wiederholt gemacht worden, und er hat gewiß mancherlei für sich. Ob er indessen gerade jetzt Anklang finden wird, da doch nun einmal mit ihm eine Änderung in der Gesamtstellung der beiden vorhandenen Vizepräsidenten verbunden sein würde, ist eine offene Frage. Aber der Reichstag wird diese Entscheidung, die er heute oder morgen zu treffen hat, hoffentlich nicht schwerer nehmen, als sie es verdient. Im Grunde handelt es sich doch nur um eine Etikettenfrage, und mit solchen Angelegenheiten sollte man sich gerade im jetzigen Augenblick noch weniger aufhalten als sonst.

### Der Ausweg gefunden?

Soeben wird in den Wandelgängen des Reichstages eine neue Lesart laut. Danach sollen die Sozialdemokraten die erste Vizepräsidentenstelle nicht fordern, sondern sich mit einer Beteiligung an dem Präsidium begnügen wollen. Es verlautet nun, daß nunmehr die beiden bisherigen Vizepräsidenten ihre Posten behalten und Abgeordneter Scheidemann zum dritten Vizepräsidenten gewählt werden würde, wenn nicht vorgeschlagen werden sollte, die drei Vizepräsidenten gleichzustellen, so daß von einem „ersten“ bis „dritten“ nicht die Rede sein würde.

### Deutscher Reichstag.

(167. Sitzung.)

CB. Berlin, 5. Juni.

Unter den Eingängen befindet sich der Friedensvertrag mit Rumänien. Auf der Tagesordnung des ziemlich gut besuchten Hauses steht die

#### Erhöhung der Bezüge für die Reichstagsmitglieder.

Die Entschädigung soll mit Rücksicht auf die Teuerungserhöhungen von 3000 Mark auf 5000 Mark jährlich erhöht werden. Ferner wird den Reichstagsabgeordneten die Befreiung auf allen deutschen Bahnen für die ganze Legislaturperiode gewährt.

Abg. Dove (Sp.) bringt die Frage einer Aufwandsentschädigung für den Reichstagspräsidenten zur Sprache. Der Präsident soll recht häufig in persönliche Berührung mit Mitgliedern des Hauses und des Bundesrats auch außerhalb seines Amtes kommen und bei Besuchen von Vertretern der Parlamente muß ihm die Möglichkeit gegeben sein, den Reichstag in würdiger Weise zu vertreten. Die bisherigen Präsidenten haben diese Kosten aus eigenen Mitteln bestritten. Das bedingt aber, daß der Reichstagspräsident über Vermögen verfügt. Dieses Erfordernis würde auch eine Beschränkung bei der Auswahl geeigneter Persönlichkeiten bedeuten. Jetzt, da der Posten unbekannt ist, wäre der geeignete Augenblick, diese Sache zu regeln.

Graf Westphal (Kons.): spricht gegen den Vorschlag. Wir wünschen nicht, daß der ehrenamtliche Charakter des hohen Amtes des Reichstagspräsidenten geschwächt wird und haben auch Bedenken, dem Präsidenten als solchen Repräsentationspflichten zu übertragen.

Staatssekretär Waltraf: Die Reichsregierung hat zu der Anregung noch nicht Stellung nehmen können, wird aber sicher dem Gedanken sympathisch gegenüberstehen.

Die Vorlage zur Erhöhung der Bezüge für die Mitglieder des Hauses wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen. Fortgesetzt wird sodann die Aussprache über

#### Zensur und Belagerungszustand.

Abg. Gothein (Sp.): Die Verhältnisse sind schlimmer statt besser geworden. Kein politische Fragen werden der militärischen Zensur unterworfen. Am parteilichsten verfährt die Zensur des Admiralsstabes, die alles unterdrückt, was Herrn v. Tirpitz nicht gefallen könnte. Graf Reventlow kann schreiben was er will, wer ihm antworten will, wird mundtot gemacht. Der verschärfte Belagerungszustand für die öffentlichen Festungen müßte nach dem Frieden mit Rußland aufgehoben werden. Die Debetoren der Alldeutschen läßt die Zensur durch, sie erlaubt diesen selbst den leitenden Männern Landesverrat und der Reichstagsmehrheit Treubruch vorzuwerfen. Beschwerden werden ohne Grund abgewiesen: was hat da das Beschwerderecht noch für einen Zweck? Am schlimmsten haben die Friedensfreunde zu leiden, man verbietet ihnen sogar private Zusammenkünfte. Überall macht sich die Deorumana der

## Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von G. Marlitt.

58)

Nachdruck verboten.

Nun wahrhaftig, fast möchte ich wünschen, du läßt nach meinem Tod in die Lage, das Mädchen unter die Haube bringen zu müssen!“  
„Das sollte mir nicht schwer werden,“ sagte er mit einem unmerklichen Lächeln.

22.

Heute lag die Sonne breit über der Stadt, eine bleiche, machtlose Winter Sonne, die vergeblich an dem frostgehärteten Schneepanzer der Dächer sog und leckte. Die garten, sehnstichtigen Zimmerblumen hinter den Fenstern freuten sich aber trotz alledem des blauen Sonnenlächelns, und Papchen im Salon der Frau Amtsrätin schrie und lärmte. Er hatte seit langem nicht so viel Rosenamen, so viel Biskuit und Zuckerbrot von seiner Herrin erhalten, als heute. Es war überhaupt, als flüge noch ein besonderer Sonnenschein durch die vornehme obere Etage des Lamprechtshauses. Die Beistellkinder bekamen mehr Brot und weniger Strafpredigten als gewöhnlich, die Köchin verließ öfter als billig ihren Kochherd, um den schönen, fast noch neuen Hut immer wieder auszuprobieren, den ihr die Frau Amtsrätin geschenkt hatte.

Drunten in der Lamprechtshaus Küche sah es anders aus. Um das Backhaus hatte man sich freilich nicht zu kümmern, wie es seit Jahren Brauch und Gesetz im Vorderhause war; aber wenn in einer Wohnung „nur über den Hof rüber“ eine Schwerkrante lag, da konnte es doch ein Christenmensch nicht fertig bringen, zu tun, als sei dieses Haus ein bloßer Steinhaufen.

Die Aufwärterin aus dem Backhause hatte tief bekümmert erzählt, daß Frau Venz vor einigen Stunden einen Schlaganfall gehabt habe. Sie könne nicht sprechen und die linke Seite sei gelähmt — der Doktor, der noch an ihrem Bette saß, nehme die Sache sehr bedenklich.

Und die Tränen waren ihr aus den Augen geschossen bei der Schilderung, wie der alte Herr Venz totentbläht im Zimmer auf und ab gehe und die Hände ringe und in seiner Angst und Herzensnot nicht einmal einen Blick für den kleinen Max habe, der in

Erörterungsvollstreckt. Am offenbaren tut sich die Vergünstigung der Vaterlandspartei in Stuttgart unter dem Regiment des Herrn v. Bietinghoff kund, die ganz offen politische Versammlungen abhalten darf, während anderen Parteien, Versammlungen unmöglich gemacht werden. Der Redner geht ausführlich auf weitere Einzelfälle ein.

General v. Wisberg: Die Vorbereitungen sind zum Teil unbegründet, zum Teil übertrieben. In den beiden Monaten Dezember 1917 und Januar 1918 haben in Preußen 8011 Versammlungen stattgefunden und nur 99 sind verboten worden. (Obrt, hört! rechts.) Von den abgehaltenen Versammlungen entfielen auf die Vaterlandspartei 849, von den Verboten 14, während die Gewerkschaften 2749 Versammlungen abhielten und nur 19 Verbote bekamen. (Hört, hört! rechts.) Diese Zahlen sprechen für sich. Das Fehlen und Ungerechtfertigtsein vorformen, ist ganz klar. Der Redner widerlegt dann die wichtigsten, von den Vorrednern vorgebrachten Einzelfälle.

Oberstleutnant von den Verab erwidert auf verächtliche Angriffsbeschwerden. Eine Entgegnung auf eine Broschüre des Stahlwerksverbandes soll verboten sein, dem Kriegspresseamt ist hiervon nichts bekannt. Nachrichten über das Entweichen von Kriegsgefangenen sind nicht verboten. Die Beschlüsse des Katalogs der Friedensgesellschaft ist verboten worden, weil damit politische Propaganda verbunden wurde. (Gelächter bei den Sp.)

Abg. v. Graefe (Kons.): Wir sollten uns jetzt nicht mit Soldaten im Weltkrieg beschäftigen, nicht mit solchen Kleinlichkeiten befassen. In der Zensurfreiheit ist nämlich kein Fortschritt geworden, und wir teilen den Wunsch, daß die Versammlungen in weitestem Maße gestattet werden. Wenn wir größere Zensurfreiheit haben wollen, dann kann man das nicht von einer Partei allein verlangen. Ich verleihe die mündlichen Empfindlichkeiten des Abg. Gothein nicht, der hier eine ganze Deporelliste von Anklagen über die bösen Alldeutschen vorgebracht hat. Das Berliner Tageblatt schreibt von irreführenden und verleumderischen Behauptungen der Alldeutschen. Die Art, wie Sie von der Linken heute die Freiheit gefordert, werden wir dazu benutzen, um dem Volke zu zeigen, was Sie unter demokratischer Freiheit verstehen.

Vizepräsident Dr. Baumbach schlägt nunmehr Vertagung vor, da beide Vizepräsidenten zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler eingeladen worden seien. Der Vertagungsantrag wird angenommen.

Weiterberatung morgen. (Präsidentenwahl.)

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(151. Sitzung.)

11. Berlin, 5. Juni.

Die Beratung des Gesetzentwurfs wird fortgesetzt. Abg. Dr. Wendlandt (natl.): Die Kritik des Abg. Goeth an der Selbstverwaltung ist unberechtigt. Alles, was von ihrer Seite geäußert wurde, um die preussische Herbedezucht zu heben, ist gelungen. Abg. v. Bonin-Neustettin (Kons.) bringt Wünsche und Beschwerden der ostpreussischen Bäcker vor. Die Reimontpreise müssen erhöht werden. Abg. v. Derben (natl.): Die Aufstellung der Kalblutheugänge sollte der Staat den Bräutern überlassen. Dadurch ließe sich eine bessere Verteilung über das ganze Land erreichen und der Staat würde auch die Kosten für die Errichtung von Ställen usw. sparen. Der Etat wird genehmigt, der Ausgabeantrag auf Förderung der Herbedezucht wird angenommen.

Es folgt die bereits früher begonnene Beratung eines Antrages v. Kessel (Kons.) auf Erleichterung und Verbesserung des Verkehrs im Lande durch wohlfeile Vergabe von Deeresmaterial unter Ausschaltung des Zwischenhändlers und Ausbau des Bahnnetzes in absehbaren Gegenden. Abg. v. Kessel (Kons.) begründet den Antrag unter Hinweis auf unterkriegswirtschaftliches Unvorbereitssein und die Verdienste. Wenn es zu der gesuchten Autonomisierung zentrale unter Mitwirkung des Reichs käme, würden die Banken wieder die Söhne abschöpfen. Industrie und Landwirtschaft geschädigt sein. Abg. Ede-Elchammendorf (Str.) tritt für den Antrag ein. Der Futtermittel-, Kartoffel- und Futtermitteltransport u. v. a. m. muß erleichtert und das heute dafür verwendete Personal zur Arbeit freigestellt werden. Der Antrag wird angenommen.

#### Der Kulturbau.

Ein Antrag des Abg. D. Traub-Dortmund wünscht Einstellung von 60 000 Mark in den Etat zur Förderung geschichtlicher Forschungen über die Zeit der Reformation und Gegenreformation und Abhebung von 80 000 Mark bei den Erweiterungs- und Neubauten für die Museen in Berlin, der

einer Ecke am Bett der Großmama tanere, ihr immerfort in das entstellte Gesicht sähe und auch nicht den kleinsten Mundbissen zu sich nähme.

Und dann hatte sie der alten Köchin weiter ins Ohr geraunt, Franz Venz habe schon den ganzen Tag über sehr aufgeregter ausgesehen, und nachmittags sei der alte Herr nach Hause gekommen, ganz weiß im Gesicht und mit einer so heiseren Stimme, als verlezte ihm die Kehle. Sie, die Aufwärterin, sei in die Küche an ihre Aufwachtische gegangen; aber gleich darauf habe sie einen dumpfen Fall gehört, und das sei drüben im Zimmer die Frau Venz gewesen, die zu Boden gestürzt sei.

Was geschehen sein müsse, worüber sich die arme Frau erkundigt habe, wisse sie nicht, hatte die Aufwärterin gesagt. Aber die Frau Amtsrätin wußte es — der Landrat hatte den alten Venz auf das Amt kommen lassen, um ihm die unerbittliche Aufgabe mitzuteilen, daß sich nichts, auch nicht das kleinste Papierblattchen, nicht die geringste Notiz, weder über den geschickten Chevalier des verstorbenen Kommerzienrates mit seiner zweiten Frau, noch bezüglich des nachgeborenen Sohnes gefunden habe.

Was Wehmutts, das vom Backhause herüber mit seinen Füden das stolze Vorderhaus zu umplanen gedroht hatte, seien somit dem Dunkel verfallen. Noch blieb dem alten Venz allerdings die persönliche Nachforschung in den Kirchen von London, wo die Trauung seiner Tochter, die Tante seines Entsets stattgefunden; allein in dem Briefe der jungen Frau war die Kirche nicht genannt, in welcher sie das glückselige Weib an seiner Seite gestanden und den Eherring empfangen habe.

Der alte Venz hatte ferner dem Landrat erzählt, er habe eines Tages von der Pflegerin seiner Tochter, die zugleich ihre Freundin gewesen, die Nachricht erhalten, daß ihm ein Enkel geboren sei, und drei Tage später sei ein Telegramm eingelaufen mit der Meldung, daß die junge Frau im Sterben liege. Er habe zwar schleunigst die Reise nach London angetreten, um sein einziges Kind noch einmal zu sehen, sei aber doch zu spät gekommen — die Erde habe sie bereits gedeckt.

Das Heim seiner Tochter, eine wahrhaft fürstlich eingerichtete Wohnung, habe er verlassen aufgefunden;

Ausschub mit nur 20 000 Mark abgeben und sie bei den Voraussetzungen für Kunst und wissenschaftliche Zwecke zuleihen. In der allgemeinen Besprechung lehnen es zunächst die vorgemerkten Redner, soweit sie anwesend sind, ab, vor den Bänken zu sprechen. Abg. Ab. Hoffmann (L. Soz.) empfindet Vertagung.

Abg. Dänisch (Soz.) nimmt das Wort, um die Generalansprache nicht unter den Tisch fallen zu lassen und spricht für das Recht der Dissidenten. Der Redner verlangt eine großzügige Reform des Schulwesens und äußert sich günstig über den Kriegsozialismus. Abg. Graue (Kons.) stellt die Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat an und wendet sich gegen die konfessionellen Schulen. Dr. Dänisch (Kons.) polemisierte gegen den Abg. Dänisch wegen dessen Begeisterung für den Kriegsozialismus und verlangte, daß an den bestehenden Verhältnissen in bezug auf die konfessionellen Schulen nicht gerüttelt werde.

Nunmehr wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Das preussische Herrenhaus hielt heute ebenfalls eine Sitzung ab, in der Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg der verstorbenen Mitglieder gedachte und dann dem verstorbenen Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf einen empfindlichen Nachruf widmete. Der Präsident legte das Haus davon in Kenntnis, daß der Vizepräsident v. D. in Folge hohen Alters sein Amt als zweiter Vizepräsident niedergelegt habe. Das Haus erledigte sodann die Reihe kleinerer Vorlagen, u. a. die Beihilfen für die Gemeinden, die Verlängerung der Legislaturperiode des geordneten Hauses und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

### Die Kämpfe bei Reims.

Englisch-französische Fortschrittspläne.

In feindlichen und neutralen Blättern stellt man sich darüber an, ob die Deutschen den Besitz von Reims erstreben oder nicht. Für uns ist die Frage Bedeutung. Die deutsche Heeresleitung kämpft nicht um Städte und Landgewinn, sondern um die Vernichtung



feindlichen Reserven. Es genügt uns, zu wissen, daß feindlichen Berichten Reims in einem Halbkreis umgeben ist, der nirgends mehr als eine Meile von der Stadt entfernt ist. Nach einem Heiterbericht würde die Verbündeten, sollten sie Reims aufgeben müssen,

auch die Fliegerin sei noch dagewesen, um die sehr des Kommerzienrates alles Mobilien zu lassen. Sie habe ihm mitgeteilt, daß der Kommerzienrat, nachdem er die letzte Hand voll Erde um die Sarg der Verstorbenen geworfen, sofort abgereist. Er habe sich wie ein Wahnsinniger gebärdet, sie ihm meist angstvoll aus dem Wege gegangen. Seinen Knaben habe er nicht einmal angefaßt, schweige denn geliebt — weil das arme Kind Veranlassung zu Blankas Tode gewesen. Trotzdem er den kleinen Neugeborenen samt der Amme genommen, denn London wolle er nicht wiedersehen sollte er gesagt haben.

Den ganzen Nachlaß der Verstorbenen an den Kommerzienrat, Verträge und dergleichen habe er die Pflege geschenkt, hatte die Dame hinzugefügt dem Erzählenden aber habe er alle Briefschaften sonstigen Papiere an sich genommen. Nicht geschriebenes Blättchen sei mehr in den Häusern der Verstorbenen gewesen, hatte der alte Venz dem Landrat berichtet.

Erst nach Jahresfrist sei damals der Kommerzienrat in seine deutsche Heimat zurückgekehrt, ein verwandelter Mann, dessen Ausrüch der Verstorbenen die alten Eltern seines heimgegangenen Weibes erschüttert und geängstigt hätten. Im Dezember Nacht sei er zu ihnen gekommen. Da erst erfahre, daß er den kleinen Max nach die Pflege der Witwe eines verstorbenen Freundes, einer hochgebildeten, ausgezeichneten gebenden habe. Das Kind sei damals gut gewesen; der Kommerzienrat habe mit der Witwe angefangen korrespondiert und sei stets von neuem unterrichtet gewesen, was seinen kleinen angegangen; dagegen habe er sich nie erkundigen können, das Kind selbst wiederzusehen.

Nun sei aber vor einem Jahre die Dame plötzlich gestorben, und der Kommerzienrat habe die Nachricht ausgesprochen, den Knaben in ein Kloster unterzubringen.

Fortsetzung

von der Stadt nur die Kathedrale übrig lassen. Die französischen Truppen, die am 27. Mai den Saum besetzt hielten, zogen sich in der darauffolgenden Nacht langsam in die äußersten Vorstädte zurück, weil die Franzosen waren, der Rückwärtsbewegung der französischen Front zu folgen. Die Truppen, die auf der linken Seite von Reims kämpften, mußten ununterbrochen acht Tage lang kämpfen, ohne abgelöst zu werden; die anderen Truppen, welche einen Verteidigungsring um die Stadt gebildet hatten, mußten schließlich auch zurückgehen, so daß die ganze Verteidigungslinie mehr nach dem Westen verlegt wurde. — Soweit Reuter. Der Darstellung kann kaum etwas hinzugefügt werden.

## Der deutsche Tagesbericht.

**Großes Hauptquartier, 6 Juni. (Amtlich.)**  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.** Artillerietätigkeit in der Stärke. Mehrfach brachten Erkundungsgesuche keine neue Einheiten ein.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.** In der Schlacht ist die Lage unverändert. Vertikale Kampfhandlungen westlich von Pontoise, nördlich der Aisne und südlich der Marne brachten uns in den Besitz feindlicher Werke und Gräben. Der Artilleriekampf war vielfach lebhaft. Chateau-Thierry lag unter anhaltendem Beschuss der Franzosen.

Die Beute der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz vom 27. Mai beträgt nach bisherigen Feststellungen mehr als 35000 Gefangene, darunter über 1500 Offiziere, als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinenkanonen.

In den beiden letzten Tagen wurden 46 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone zum Absturz gebracht. Der Schwadroner Richtbosen schoss gestern 15 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold und Leutnant Menschaff ertrugen am 31., Leutnant Böwenhardt seinen 27., Leutnant Kirschen seinen 26., Leutnant Kirstein seinen 21. und 22. Tod.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Deutsche U-Boote an der amerikanischen Küste.

**Röln, 6. Juni.** Nach Amsterdamer Meldung der „Niederländischen Zeitung“ füllen die heutigen Morgenblätter eine Spalte mit Nachrichten über Angriffe deutscher U-Boote an der amerikanischen Küste. Man hat Nachrichten offenbar bis jetzt zurückgehalten. Die Angriffe liegen schon 11 Tage zurück. Man hat dabei seit 25. Mai etwa 15 amerikanische Schiffe, darunter Tauchboote an der neuseeländischen Küste versenkt. Das amerikanische Marineamt nennt als größte gemeldete Verluste einen Dampfer und drei U-Boote und spricht gleichzeitig von zwei Tauchbooten, die an der Küste von Neuengland arbeiten. In ganzen Monaten von den Opfern der U-Bootangriffe noch 350 Schiffe vermisst. Nach New-Yorker Blättern ist der Verlust von vier U-Booten wegen des Ausbreitens der U-Boote zu erwarten.

### Ein englischer Hilfskreuzer versenkt.

**Berlin, 5. Juni.** Amtlich wird gemeldet: Das von dem Kommandanten Oberleutnant J. S. Popham geleitete U-Boot hat im Kanal nördlich von Dover den Hilfskreuzer „Moldavia“ (9500 Br. Reg. T.) versenkt. Unter den versenkten Dampfern befanden sich ein amerikanischer Hilfskreuzer „Moldavia“ (9500 Br. Reg. T.) und ein bewaffneter Dampfer von etwa 6000 Br. Reg. T., die beide auf stark gesichertem Geleitzuge heraufgezogen wurden.

### Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

**England leidet „mähtigen“ Hunger.**

Nach dem „Observer“ erklärte der englische Nahrungsminister Lord Rhondda in einer Unterredung: Über die deutsche Nahrungsblockade unwirksam gemacht worden, mit Hilfe der Vereinigten Staaten. Aber Amerika muß nicht denken, daß die Nahrungsmittelblockade von Deutschland nicht wirklich gefährdet sei. Sie ist sehr gefährlich. Wenn Amerika seine Nahrungsmittelproduktion und den Bau von Schiffen nicht beschleunigt, so werden die Nahrungsmittelblockade große Schwierigkeiten haben. Der mähtige Hunger, den wir leiden, rührt keineswegs von der Knappheit der Ernte her. In Australien ist viel Weizen, in Südamerika viel Fleisch vorhanden, aber wir können sie nicht bekommen. — Das ist das wertvollste Eingeständnis der Wirkung des deutschen U-Boot-Krieges.

### Französische Matrosen vernichten ihre Schiffe.

Nach durchwegs zuverlässiger Quelle erfährt die Rdn. aus Paris, daß vor kurzer Zeit zwei große im Hafen von Brest befindliche Dampfer der Agence Maritime durch Explosionen im Maschinenraum vernichtet wurden. Eine Anzahl anderer Dampfer wurde auf dieselbe Weise mehr oder minder beschädigt. Die durch den Tod der Dampfer eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um systematisch ausgeführte Bombenanschläge handelte, infolge deren verschiedene Matrosen englischer, französischer und spanischer Nationalität festgenommen wurden. Trotz eifrigster Bemühungen der französischen Behörden, die Tat wieder einmal als „deutsche Mache“ darzustellen, ist bekannt geworden, daß man es mit einem Verrat der eigenen Mannschaft zu tun habe, dessen Proteste gegen die ungemessene schlechte Verpflegung ohne Erfolg geblieben waren. Infolge Verabreichung von Nahrungsmitteln sind nämlich in letzter Zeit unter den Matrosen Erkrankungen unter Vergiftungserscheinungen aufgetreten.

### Heimliche Kriegspost.

**Wien, 5. Juni.** Der I. I. Heeresbericht meldet: Außer Artillerietätigkeit keine Kampfhandlung von Belang.

**Amsterdam, 5. Juni.** Die englische Admiralität meldet, daß ein Zerstörer nach einem Zusammenstoß sank. Alle Mannschaften wurden gerettet.

**Stockholm, 5. Juni.** Die Zahl der zurzeit wegen Teilnahme an der Revolution in Finnland verhafteten Personen, die von den Gerichten abgeurteilt werden sollen, wird auf 60000—80000 geschätzt. Doch ist die Zahl der wirklichen Revolutionäre viel geringer.

**Basel, 5. Juni.** Der amerikanische Nahrungsmittelkontrollleur Hoover kündigt an, daß als Vorsichtsmaßregel für die Zukunft in ganz Amerika der Verbrauch von Weizenmehl auf ein Drittel des normalen Verbrauchs auf die Dauer der nächsten zwei Monate eingeschränkt werden muß.

**Bern, 5. Juni.** Nach französischem Eingeständnis liegt der größte Teil des Marnetales unter schwerer deutscher Artilleriewirkung. Die Verbreiterung der deutschen Front an der Marne hat eine völlige Evacuation des Marnetales bewirkt.

## Schlusssdienst.

(Droht- und Korrespondenz-Meldungen.)

**Der neue Reichskommissar für Rußland und Litauen.**

**Berlin, 5. Juni.** Zum Reichskommissar für Rußland und Litauen ist an Stelle des ausgeschiedenen Ministerialdirektors Dr. Dr. Groten v. Kasperling der Verwaltungsverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost. Unterstaatssekretär Freiherr v. Falkenhäuser, ernannt worden. Der Reichskommissar unterrichtet dem Staatssekretär des Innern.

**Deutsche Fürkenbesuche beim Sultan.**

**Wien, 5. Juni.** In Konstantinopel erwartet man, daß der König von Bayern, falls er die geplante Reise nach Sofia antreten sollte, auch den Sultan besuchen werde. Man spricht ferner von Reiseplänen des Königs von Sachsen, der ebenfalls nach Sofia und Konstantinopel kommen soll.

**Der Gefangenen Austausch.**

**Berlin, 5. Juni.** Morgen werden voraussichtlich die bereits seit einiger Zeit angekündigten Verhandlungen über die Gefangenentrage zwischen deutschen und englischen Delegierten unter Leitung der niederländischen Regierung im Haag beginnen. Auf beiden Seiten der Verhandlungen besteht das Bestreben, auf möglichst breiter Grundlage die schwebenden Fragen einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

**Kursänderung des deutschen Angelei.**

**Berlin, 5. Juni.** Wie die Kriegsberichterstattung heutiger Blätter melden, hat der deutsche Angriff im Westen, der sich bis jetzt in südlicher Richtung bis zur Marne bewegt, seit den letzten Tagen einen westlichen Kurs angenommen.

**Der deutsche Gewinn im Westen.**

**Berlin, 5. Juni.** In einer Woche befehlten die Deutschen während der Schlacht zwischen Aisne und Marne über 3000 Quadratkilometer feindlichen, teils fruchtbarsten Bodens mit zahlreichen Viehen, Obst- und Weingärten. Über 200 Ortschaften, darunter 15 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern, fielen in deutsche Hand. In ihnen ist nur ein Teil der Bevölkerung zurückgeblieben. Der Rest von rund 75000 Seelen hat seine Wohnstätten verlassen und ist über die Marne geflohen.

**Deutsche „Achtungserfolge“.**

**Rotterdam, 5. Juni.** Reuter veröffentlicht eine Rundgebung des Obersten Entente-Kriegsrates, in dem es heißt: Die Vorteile, die die Deutschen in strategischer Hinsicht und auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens besitzen, befähigten sie, einige Achtungserfolge zu erzielen. Zweifellos werden sie ihre Angriffe wiederholen, und die Alliierten werden noch trübselige Tage erleben. Der oberste Kriegsrat hat jedoch volles Vertrauen zu sich.

**Vom Stellungskrieg zum Bewegungskrieg.**

**Osag, 5. Juni.** Die „Morning Post“ erklärt, daß die große Schlacht im Westen in eine neue Phase getreten sei: sie habe sich vom Stellungskrieg zum Bewegungskrieg gewandelt.

**Osag als Sündenbock.**

**Büch, 5. Juni.** Nach zuverlässigen Londoner Meldungen scheint General Osag Rücktritt bevorzugen. Die englischen Blätter schreiben im übrigen die Niederlage an der Aisne mehr und mehr den Franzosen zu.

**Bestigter Angriff gegen die österreichische Regierung.**

**Wien, 5. Juni.** Der Bürgermeister von Wien, Dr. Weiskirchner, hielt eine kühnen erregende Rede, worin er die Regierung heftig angriff und ihre Haltung unsicher und schwankend nannte.

**Tschechische Wünsche.**

**Prag, 5. Juni.** Die tschechischen Abgeordneten wollen persönlich vor Kaiser Karl erscheinen, um ihm ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen.

**Deutsche Waren in New.**

**Wien, 5. Juni.** In New sind jetzt die ersten deutschen Warentransporte eingetroffen. Es handelt sich um landwirtschaftliche Geräte, chemische Erzeugnisse und Seide.

**Getreide aus Vexarablen.**

**Wien, 5. Juni.** Wie die Blätter melden, wird Vexarablen zum Herbst dieses Jahres anderthalb Millionen Pud Getreide liefern können.

**Petersburg hungert.**

**Wien, 5. Juni.** Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Lenin an alle Sowjets ein Telegramm gerichtet, in dem er erklärt, daß Petersburg Hungers sterbe. Die Gegenrevolutionäre hätten davon bereits Vorteile gezogen. Man müsse alles aufbieten, um die alte Hauptstadt zu retten.

## Oertliche und Provinznachrichten.

**Sachsenburg, 7. Juni.**

Ein gutes Honigjahr soll nach sachmännischem Urteil in diesem Jahre zu erwarten sein. Die Bienen sind im letzten Winter im allgemeinen recht gut durchgekommen. Die frühe Vegetation im laufenden Jahre hat ihnen in einer wichtigen Zeit reiche Nahrung geliefert. Durch die diesjährige günstige Wechselwirkung der Wärme und Feuchtigkeit auf die in Betracht kommenden Pflanzen ist die Blütenbildung im allgemeinen außerordentlich reichlich. Die einzelnen Blüten weisen nach vorgenommenen Untersuchungen hohen Zuckergehalt auf. Auch die Zahl der Sammelstage der Bienen ist in diesem Jahre recht beträchtlich.

Ein gerechtes Strafmaß wurde von der Strafkammer in Neumühl über den Sächsischen Paul S. aus Rdn. und die geschiedene Frau Anna S. aus Köditz (Kreis Neustadt) verhängt. Echter hatte sich wegen Betrugs, die Frau wegen Betrugs im Rückfalle zu verantworten. S., der früher in der Fremdenlegion

war, hatte sich Adressen von Angehörigen vermischer Kriegsteilnehmer gesammelt und hat dann in mehreren Orten des Oberwiesentals eine große Anzahl der Angehörigen durch falsche Angaben zur Herausgabe von Geldbeträgen veranlaßt. Frau S. hat auch einen gleichzeitigen Betrugsfall begangen. Beide Angeklagten sind am 10. Juli 1917 wegen einer gleichen Straftat zu je ein Jahr Gefängnis verurteilt worden. Unter Einrechnung dieser Strafen erhielt S. eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis, Frau S. eine solche von ein Jahr vier Monaten Gefängnis.

**Verdorf, 6. Juni.** Die Lohrente in den hiesigen Haubergen ist in vollem Gange. Für den Zentner Loh wird ein Preis von 14 Mark bezahlt, womit man zufrieden sein kann. Einige Haubergbesitzer haben schon bis zu 20 Zentner Loh geschält, mithin ist jetzt die Haubergwirtschaft als lohnend zu bezeichnen. Als ein Vorteil ist es anzusehen, daß sämtlichen Haubergbesitzern, die Loh schälen, von der Kriegslöhnergesellschaft zwei Pfund Loh zum Höchstpreis zugesagt worden sind.

**Wiesbaden, 6. Juni.** Ein fetter Verdienst wird aus Werrastadt (Rheinhausen) berichtet. Dort lüster ein Landwirt 10 Monate lang ein Schwein bis auf 250 Pfund Gewicht und erhielt vom Viehhändlerverband 79 Pfg. für das Pfund, insgesamt 188,02 Mark. Der strahlende Landwirt ging hin und kaufte sich ein winziges Ferkel für 175 Mark. Bleiben 13,02 Mark „Verdienst“ und ein langes Gesicht übrig.

**Frankfurt a. M., 6. Juni.** Auf dem gestern am Ostbahnhof abgehaltenen Arbeitspferdemarkt wurden Preise bezahlt, wie sie bisher noch nie angelegt wurden. Ein Paar ausgezeichnete Pferde ging für 18000 M. in die Hände eines Landwirts über. Von einer Preisfestsetzung, die man allgemein erwartet hatte, war nichts zu merken, zumal auch die Nachfrage nach Pferden jeder Art und Güte überaus rege war. Insgesamt war der Markt mit 300 Tieren besetzt, die glatten Absatz fanden. In der Hauptsache waren Landwirte die Käufer.

## Nah und Fern.

**Entwichene englische Offiziere wieder ergriffen.** In den Waldungen bei Klein-Zechlin in der Mark wurden zwei kürzlich aus Fürstberg in Westfalen entwichene englische Offiziere gestellt und festgenommen.

**Die Ludendorff-Spende teilt mit,** daß den Spendern größerer Gaben Erinnerungsbücher auf Verlangen übergeben werden. Es sind dies künstlerische Nachbildungen des Vogelschilbes „Hindenburg“ und Ludendorff am Generalstabstisch“, die für Spenden von über 10 Mark in Tiefdruck, für Spenden über 20 Mark in farbiger Ausführung den Spendern zur Verfügung stehen.

**Schleichhändler in Gefangenenuniform.** Die Eisenbahnkontrolle zwischen München und Regensburg hat einen Schleichhändlertrupp aufgedeckt, der den Beteiligten teuer zu stehen kommen dürfte. Fuhren da, mit schweren Rasten beladen, zwei junge französische Kriegsgefangene, begleitet von einem Landsturmmann, nach München zu. Bei ihrer in der Eisenbahn geführten Unterhaltung mußte es den Mitreisenden auffallen, daß die Franzosen ganz gut Sauerbrunn sprachen. Die Kontrolle ergab denn auch, daß die beiden angeblichen Franzosen oberpfälzische Bauernburken waren. Sie hatten sich dabei von ihren französischen Gefangenen die Uniformen geliehen und in Begleitung eines französischen Arbeiters, der den Wachmann markierte, auf die Reise gegeben. Sie führten große Mengen von Butter, Schmalz und Eiern mit sich, die sie nach München bringen wollten. Alles wurde ihnen abgenommen.

**Ein Fehlschuß.** Im Hoflagrevier des Königs von Bayern in Salzburg bei Berchtesgaden stieß der Bezirksoberschulreiter Ortner auf zwei Wilderer, in deren Nähe sich der Bürgermeister Kurz von Salzburg befand. Ortner kam den Wilderern zuvorkommen und schoss. Er traf den Bürgermeister in den Hinterkopf. Der Schwerverwundete, der Vater von sieben Kindern ist, wird kaum mit dem Leben davonkommen. Der Oberlehrer hat sich unter der Erklärung, in Notwehr gehandelt zu haben, der Landgendarmarie gestellt.

**Der Besuch der Rennplätze in Wien Kindern verboten.** Die Wiener Polizei verbot Kindern bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahr den Besuch aller Rennplätze. Das Verbot ist darauf zurückzuführen, daß in letzter Zeit kaum der Schule entwachsene Knaben und Mädchen ansehnliche Beträge bei den Rennen verpielten.

**Italienischer Hochverratsprozess.** Vor dem obersten Kriegsgericht in Rom findet im Laufe des Juni der Hochverratsprozess gegen vier Seeleute statt, die vor anderthalb Jahren das Panzerschiff „Benedetto Bruni“ in die Luft sprengten.

**Schlechte Ernteansichten in Schweden.** In Schweden begt man des schlechten Wetters wegen schwere Befürchtungen für die diesjährige Ernte. Zu der seit Monaten im größten Teil Schwedens anhaltenden Trockenheit hat sich in den letzten Nächten starker Frost gesellt, der in manchen Landesgegenden großen Schaden verursacht hat.

**Der erste deutsche Zug in Holland.** Wie aus Amsterdam gemeldet wird, ist am 5. Juni der erste deutsche Zug durch Holl. Limburg gefahren. Er bestand aus 38 Wagen, die mit Holz und Brettern beladen waren.

**Schwere Explosion in einer Rüstungsfabrik bei Paris.** Über die schwere Explosion, die in der Kriegswerkstätte von Beaulieu bei Paris erfolgte, gibt Paris keine genauen Einzelheiten. Es wird nur erklärt, daß der Schaden gewaltig und die Zahl der Toten und Verwundeten sehr groß ist. Es war bis jetzt noch nicht möglich, die Zahl der Opfer abzuschätzen. Es wird zugegeben, daß die Menge der explodierten Munition sehr bedeutend ist. Wegen der Explosionsgefahr war es sehr schwer, den Verunglückten zu Hilfe zu eilen. Der Grund der Explosion wird nicht bekanntgegeben. Gleichzeitig meldet Havas einen riesigen Brand im Walde von Fontainebleau, wo für die Armee bestimmtes Holz auf unbestimmte Weise in Brand geriet. Über 300 Hektar stehen in Flammen.

